

Inhaltsverzeichnis

Einführung und Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	16
Abbildungsverzeichnis	17
 Erstes Kapitel	
Dienstleistungen von Allgemeininteresse und öffentliche Aufgabenwahrnehmung durch öffentliche Unternehmen: Zur Ziel- und Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen	19
 A. Zur Organisation der Daseinsvorsorge in Deutschland. Stand und Entwicklungstendenzen in europäischer Perspektive	19
I. Einleitung	19
II. Zur Klärung der Begriffe »Daseinsvorsorge«, »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse«, »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse«	20
III. Daseinsvorsorge in Deutschland: gestern - heute - morgen	22
IV. Ursachen des Strukturwandels in der Daseinsvorsorge	25
V. Entwicklungstendenzen der Daseinsvorsorge und Wettbewerb als Chance	28
 B. Die öffentliche Wirtschaft in ihrer Bedeutung für die Ordnungs- und Strukturpolitik. Zur sogenannten Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen	30
I. Einleitung und Problemstellung	30
II. Die ordnungspolitische Bedeutung öffentlicher Unternehmen: Die wettbewerbliche Instrumentalfunktion	31
III. Die strukturpolitische Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen	38
IV. Fazit	46
 C. Öffentliche Unternehmen und Staatsbeteiligungen als Instrumente der Industriepolitik sowie der strategischen Industrie- und Handelspolitik	46
I. Einleitung	46
II. Industriepolitik - Sammelbegriff für vieles Unterschiedliche	47
III. Industriepolitik im Falle von Marktversagen, Marktmängeln und öffentlicher Aufgabenwahrnehmung	48
IV. Europäische Industriepolitik im Maastrichter Vertrag	51
V. Industrie- und Handelspolitik durch öffentliche Unternehmen aus der Sicht der marktwirtschaftlichen Theorie internationaler Wirtschaftsbeziehungen	52

VI.	Strategische Industrie- und Handelspolitik aus der Sicht der neuen Außenhandelstheorie und die Rolle der öffentlichen Industrieunternehmen	53
VII.	Möglichkeiten und Grenzen strategischer Industrie- und Handelspolitik	56
VIII.	Internationale Wettbewerbsordnung als Alternative zur strategischen Industrie- und Handelspolitik?	58
IX.	Defensive Industrie- und Handelspolitik als realpolitische Alternative und die Rolle von öffentlichen Industrieunternehmen und Staatsbeteiligungen	58
X.	Internationalisierungsstrategien durch multinationale Kooperationen als Alternative zu einer nationalen strategischen Industrie- und Handelspolitik	60
XI.	Kurzfassung: öffentliche Unternehmen zwischen Industriepolitik und Wettbewerbspolitik	60
D.	Die Interdependenz von öffentlicher Leistungszielkonzeption und Finanzierungsinstrumentarium bei öffentlichen Unternehmen	64
I.	Das Problem: Die Vereinbarkeit von Finanzierungs- und öffentlicher Leistungszielkonzeption	64
II.	Zum hier verwendeten Finanzierungsbegriff und zu den zu untersuchenden Finanzierungsinstrumenten	66
III.	Elemente einer »öffentlichen« Leistungszielkonzeption als Referenzbasis zur Bewertung des Finanzierungsinstrumentariums	68
IV.	Die Zielbeziehungen zwischen Öffentlicher Leistungszielkonzeption und Fremdkapital- und Eigenkapitalzuführung (Privatisierung)	70
V.	öffentliche Leistungsziele in neueren Organisations- und Sonderfinanzierungsmodellen: Leasingfinanzierung, Immobilienfonds, Betreiber-, Kooperations- und Konzessionsmodelle	75
VI.	Schlussbetrachtung	78
E.	Defizitfinanzierte öffentliche Dienstleistungen. Probleme und Möglichkeiten ihrer Finanzierung	79
I.	Einleitung	79
II.	Möglichkeiten der Finanzierung öffentlicher und im Besonderen defizitfinanzierter Dienstleistungen	81
III.	Vergleich der Finanzierungsmodi	85
IV.	Ausblick und Schlussfolgerungen	92

Zweites Kapitel

Öffentliche Unternehmen, Markt und europäische Wettbewerbsordnung 95

A.	Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Wettbewerb. Versuch der Verbindung von dynamischer Wettbewerbstheorie und Theorie der Öffentlichen Wirtschaft	95
----	---	----

I.	Die Privatisierungsproblematik aus der Sicht der Wettbewerbsfunktion öffentlicher Unternehmen	95
II.	Das öffentliche Unternehmen in der Entwicklung von der neoklassischen Preistheorie zur dynamischen Wettbewerbstheorie	97
III.	öffentliche Unternehmen im Rahmen des Laissez-faire-Konzepts und des Wettbewerbsfreiheitskonzepts	102
IV.	Öffentliche Unternehmen und »funktionsfähiger« Wettbewerb (»workable competition«)	105
V.	Möglichkeiten, Bedingungen und Grenzen der Wettbewerbsintensivierung durch öffentliche Unternehmen	107
VI.	Die Privatisierungsproblematik öffentlicher Unternehmen im Rahmen des Marktstruktur-Ansatzes	112
VII.	Ansatzpunkte eines Markttests am Beispiel der Privatisierung der Hypothekenbanken des Bundes	117
B.	Kommunale Sparkassen privatisieren? Bemerkungen aus ordnungs- und wettbewerbstheoretischer Sicht	121
I.	Das Argumentationsmuster für die Forderung nach Privatisierung der Sparkassen	121
II.	Aspekte der Gegenargumentation: Methodologische Kritik, ordnungspolitische Differenzierung, Privatisierung ohne Wettbewerbstest?	124
III.	Öffentliche Unternehmen, Sparkassen und Marktsystem	128
IV.	Der Wettbewerbstest für den Bankenmarkt als Grundlage rationaler Privatisierungsentscheidungen	131
V.	Wettbewerbsintensive Marktstrukturen im Bankenmarkt: Die Sparkassen als Wettbewerbsfaktoren in der Sozialen Marktwirtschaft?	134
VI.	Ausblick: »Öffentlicher Auftrag« der Sparkassen und Wettbewerbsziel. Zur Frage der Neudefinition der öffentlichen Leistungsaufgaben	142
C.	Öffentliche Dienstleistungen und europäische Wettbewerbsordnung. Das europäische Gemeinschaftsrecht unter dem Einfluss des Service Public-Gedankens	144
I.	Einleitung: Die derzeitige Diskussion über »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse« im Europäischen Gemeinschaftsrecht	144
II.	Hintergründe der kritischen Diskussion über das Verhältnis von »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse« und Wettbewerbsprinzip: Konflikt oder Komplementarität?	145
in.	Die Freistellung von den Wettbewerbsregeln im Rahmen des Artikels 86 EG-Vertrag	147
IV.	Schwierigkeiten der Anwendung der Wettbewerbsausnahmeregelungen nach Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag: Die Entscheidung in den Fällen »Corbeau« und »Almelo«	152

V.	Wettbewerbsausnahmeregelungen und öffentliche Dienste als Gegenstand der Richtlinienkompetenz der Europäischen Union	156
VI.	Das Konzept der »Universaldienste« der Europäischen Union als Konkretisierung des »allgemeinen wirtschaftlichen Interesses«: Das Beispiel Post und Telekommunikation	157
VII.	Das Problem der Finanzierung defizitärer Universaldienstleistungen	161
VIII.	Ausblick: Der Sinn einer Europäischen Charta der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und entsprechender Änderungen des EG-Vertrags	164
D.	Neuere Entwicklungen der Unternehmensstrukturen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft. Eine Betrachtung aus der spezifischen Sicht des Wettbewerbs der Institutionen	168
I.	Öffentliche Wirtschaftsstrukturen im Wandel	168
II.	Exogene und endogene Ursachen für den Strukturwandel in der öffentlichen Wirtschaft	169
III.	Strukturwandel in der öffentlichen Wirtschaft im Lichte des Wettbewerbs der Institutionen	171
IV.	Vorab-Harmonisierung der Universaldienstleistungsstandards in der Europäischen Union aufgrund von Mängeln und Versagen des institutionellen Wettbewerbs?	176
V.	Zusammenfassende Schlussfolgerungen	179
E.	Regulierung bei Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Zur Frage der Wettbewerbs- und Aufgabenregulierung und der Regulierungsinstitution	180
I.	Einleitung	180
II.	Objekt und Gründe der Regulierung bei Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	181
	1. Zur Regulierung der Netze (»essential facilities«) allgemein	181
	2. Das Vergleichsmarktkonzept als Grundlage der Wettbewerbsregulierung	182
	3. Die Aufgabenregulierung im sogenannten Allgemeininteresse	184
III.	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, Universaldienste und Grundversorgung als Besonderheiten der Regulierung	185
	1. Anforderungen an Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	185
	2. Aufgabenregulierung im sogenannten Allgemeininteresse	185
IV.	Ex post- und Ex ante-Kontrollen innerhalb der Regulierung	187
	1. Bedingungen für Ex post- und Ex ante-Regulierung	187
	2. Die Rolle des Ausschreibungswettbewerbs	189
V.	Institutionelle Fragen der Regulierung	189

1. Allgemeine oder spezielle Regulierungsbehörden?	189
2. Sektorspezifische oder sektorübergreifende Regulierungsbehörden?	190
3. Nationale oder supranationale Regulierungsbehörden?	191

Drittes Kapitel

Eigenerstellung oder Gewährleistung öffentlicher Aufgaben und Dienstleistungen von Allgemeininteresse. Vom produzierenden Staat zum Gewährleistungsstaat? 192

A. Paradigmenwechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik und im öffentlichen Unternehmenssektor: Vom öffentlichen Unternehmen hin zur regulierten Unternehmung?	192
I. Unternehmen, Unternehmensstrukturen und Wirtschaftsordnung	192
1. Trotz Vielfalt Konvergenz der Unternehmensformen in Marktwirtschaften	192
2. Unternehmensstrukturen in der Sozialen Marktwirtschaft als Untersuchungsobjekt	193
II. Die Wirtschaftsordnung der »Sozialen Marktwirtschaft« als Leitbild der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg	195
1. Hauptmerkmale der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland	195
2. Unternehmensstrukturen in der Sozialen Marktwirtschaft	197
in. Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel in Deutschland und ihre Bedeutung für den öffentlichen Unternehmenssektor	198
1. Drei Phasen der deutschen Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit	198
2. Der zweite wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel vom »Ordnungsstaat« zum »Interventionsstaat«: Die öffentlichen Unternehmen als Instrumente der interventionistischen Makrosteuerungspolitik	199
3. Der dritte Paradigmenwechsel vom Interventionsstaat zur neoklassisch angebotsorientierten Politik (1981/82 bis heute): Die Entstaatlichungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsphase und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Unternehmenssektor	201
IV. Ausblick: Neuausrichtung der Forschung auf dem Gebiet der öffentlichen Wirtschaft	203
B. Öffentliche Unternehmen und Europäischer Binnenmarkt. Kommt es zu einem Paradigmenwechsel in der öffentlichen Wirtschaft?	204
I. Zum Problem	204
II. Erklärungsgründe für den Strukturwandel in der öffentlichen Wirtschaft	205
in. »Institutioneller Wettbewerb« und »Wettbewerb der Unternehmenstypen« um die bestmögliche Versorgung im Allgemeininteresse	208
IV. Vorab-Harmonisierung der Universaldienstleistungsstandards aufgrund	212

institutionellen Wettbewerbsversagens?	
C. Das Angebot von Universaldienstleistungen und Probleme ihrer Vergabe im öffentlichen Bieterwettbewerb	213
I. Universaldienstleistungen als Wettbewerbsdienste oder durch Aufgabenregulierung?	213
II. Der Begriff »Universaldienstleistung« als konkrete Ausgestaltung der Dienstleistung von »allgemeinem wirtschaftlichen« oder »öffentlichem« Interesse	216
III. Öffentlicher Vergabewettbewerb von Universaldienstleistungen	219
IV. Die Vergabe von Universaldienstleistungen nach dem Telekommunikationsgesetz von 1996 und dem Postgesetz von 1997 als exemplarische Fälle	223
V. Erfordernisse und Bedingungen für den öffentlichen Vergabewettbewerb bei Universaldienstleistungen	225
D. Öffentliche Dienstleistungen künftig im obligatorischen Ausschreibungswettbewerb? Zur Initiative der Europäischen Kommission zur Ausschreibungspflicht bei öffentlichen Dienstleistungskonzessionen	229
I. Direktvergabe versus Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungskonzessionen. Die Sicht der Europäischen Kommission	229
II. Die Argumentation der Europäischen Kommission zu Auslegungsfragen hinsichtlich Konzessionen und Öffentlichem Auftragswesen	230
1. Zur Beziehung zwischen Gebietskörperschaft und öffentlichem Unternehmen	230
2. Wettbewerbspolitische Schlussfolgerungen der EU-Kommission	232
3. Grenzen der Anwendung der Wettbewerbsregeln des EG-Vertrags: Enge Spielräume für Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht	233
III. Ausschreibungswettbewerb als »competition for the market«	234
1. Grenzen des »klassischen« Wettbewerbs: Marktversagen und Marktmängel	234
2. Trennung von (monopolistischem) Netz und (wettbewerblicher) Netznutzung	235
3. Ausschreibungswettbewerb von Alleinrechten als »competition for the market«	236
4. Beabsichtigte Wirkungen des Ausschreibungswettbewerbs bei Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	237
5. Voraussetzungen eines funktionsfähigen Ausschreibungswettbewerbs bei öffentlichen Dienstleistungen	238
IV. Probleme und Schwachstellen eines obligatorischen Ausschreibungswettbewerbs bei öffentlichen Dienstleistungen	239
1. Das Transaktionskostenproblem	239

2.	Yardstick-competition und Benchmarking als Ersatz für Ausschreibungswettbewerb	240
3.	Zur Funktionsfähigkeit des Ausschreibungswettbewerbs	241
4.	Startchancengleichheit im Ausschreibungswettbewerb	242
5.	Auswirkungen auf die Wahrnehmung des öffentlichen Auftrags zur Erfüllung von Gemeinwohldiensten	244
V.	Alternativen zum obligatorischen Ausschreibungswettbewerb	245
1.	Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht	245
2.	Freistellung von der Ausschreibungspflicht nach Art 86 Abs. 2 EGV?	246
3.	Fazit: Keine Ausschreibungspflicht, sondern neue institutionelle Regelungen für die Wahl des Vergabeverfahrens	247
	Kurzfassung	249
	Summary	252
	Literaturverzeichnis	254
	Namenverzeichnis	268
	Sachverzeichnis	271